

Der Euro - Ausweg(e) aus einer historischen Fehlentscheidung

06.01.2023 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Klippen und Stolpersteine

Mir ist bewusst, dass das Euro-Thema voller Klippen und Stolpersteine ist. Spricht man über den Euro, rührt man unweigerlich an Empfindlichkeiten.

Für die einen ist der Euro mehr als nur Geld. Er ist für sie ein Friedensprojekt. Nach dem Motto: Ohne Euro scheitert die europäische Integration, ohne ihn sind Friede und Wohlstand in Europa bedroht. Der Euro ist also unverzichtbar und muss mit allen Mitteln verteidigt werden. Für die anderen ist der Euro hingegen eine schwere Hypothek, ein Spaltpilz, ein aberwitziges politisch-ideologisch getriebenes Projekt, das der ökonomischen Vernunft widerspricht und nicht das bewirkt, was seine Befürworter in Aussicht stellen.

Die Euro-Diskussion ist also emotional aufgeladen, und leider werden dabei in der Regel wichtige ökonomische Erkenntnisse ausgeblendet, beziehungsweise es wird nicht das gesamte Spektrum der ökonomischen Erkenntnisse hinreichend gewürdigt. Diese "Erkenntnislücke" in der Diskussion um die Euro-Problematik möchte ich in meinem Vortrag versuchen zu schließen und hoffe dadurch einen konstruktiven Beitrag für den Diskurs zu leisten. Beginnen darf ich mit einigen wichtigen Erkenntnissen über das Geld.

Über das Geld

Geld ist das allgemein akzeptierte Tauschmittel. Es ist das marktfähigste Gut, es ist das Gut, das sich am leichtesten gegen andere Güter eintauschen lässt.

Welche Funktionen hat Geld? Antwort: Geld hat eine (und nur eine) Funktion: die Tauschmittelfunktion. Recheneinheits- und Wertaufbewahrungsfunktion sind lediglich Unterfunktionen der Tauschmittelfunktion. Wenn Geld nur eine Funktion hat - die Tauschmittelfunktion - dann heißt das: Eine Volkswirtschaft wird nicht reicher, wenn die Geldmenge steigt. Ein Gemeinwesen wird wohlhabender, wenn es mehr Konsum- und Produktionsgüter produziert, nicht aber, wenn es die Geldmenge ausweitet. Steigt die Geldmenge, nimmt lediglich die Kaufkraft der Geldeinheit ab - im Vergleich zur Situation, in der die Geldmenge unverändert geblieben wäre.

Auf den Punkt gebracht: Eine Geldmengenvermehrung erbringt keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen. Im Grunde ist jede gerade verfügbare Geldmenge so gut wie jede andere Geldmenge auch. Eine große Geldmenge übt die Gelddienste so gut und so schlecht aus wie eine kleine. Ist die Geldmenge groß (sagen wir 16 Billionen Euro), werden die Güterpreise hoch sein, und ist die Geldmenge niedrig (sagen wir 5 Billionen Euro), werden die Güterpreise gering sein. In beiden Fällen (ob nun die Geldmenge groß oder klein ist) lässt sich die gewünschte Gütermenge umsetzen.

Dass die Geldmenge in einer Volkswirtschaft wachsen muss, ist eines der wohl hartnäckigsten Gerüchte in der modernen Volkswirtschaftslehre. Dass die Geldmengen immer weiter ausgedehnt werden, hat politische, nicht ökonomische Gründe. Dazu gleich noch mehr. Wichtig an dieser Stelle ist: Geld ist unverzichtbar für unsere modernen Volkswirtschaften. Ohne Geld wäre unser heutiges Wohlstandsniveau nicht denkbar. Denn hätten wir kein Geld, dann könnten wir keine Wirtschaftsrechnung durchführen.

Wir könnten nicht kalkulieren, ob es beispielsweise sinnvoll beziehungsweise möglich ist, eine Bahntrasse um einen Berg herumzubauen oder sie durch den Berg hindurchzubohren. Erst die Verwendung von Geld erlaubt es uns, die Rentabilität von verschiedenen Produktionsweisen zu ermitteln und die richtigen, die effizienten Entscheidungen treffen zu können. Erst durch die Wirtschaftsrechnung, die sich nur mit Geld durchführen lässt, lassen sich knappe Mittel so einsetzen, dass sie die Bedürfnisse der Menschen bestmöglich erfüllen.

Vorteilhaft ist dabei, wenn möglichst viele Menschen das gleiche Geld verwenden. Denn dann lassen sich die produktiven Kräfte, die aus der Wirtschaftsrechnung entspringen, bestmöglich ausschöpfen. Verständlich daher, dass man in Europa schon seit langem darüber nachgedacht hat, ob nicht ein einheitliches Geld sinnvoll sei. Nun ist aber Geld nicht gleich Geld. Schließlich gibt es schlechtes Geld und gutes Geld. Was ist

gutes Geld?

Natürliches Geld

Die Währungsgeschichte gibt eine Antwort. Sie zeigt, dass schon viele Dinge als Geld verwendet wurden: Vieh, Gewürze, Steine, Muscheln, Zigaretten, aber vor allem Edelmetalle, allen voran Gold und Silber. Und dafür gibt es eine Erklärung. Damit ein Gut als gutes Geld Verwendung finden kann, muss es einige "physische" Eigenschaften aufweisen. Das Gut muss knapp sein, homogen (also von gleicher Art und Güte), haltbar, transportabel und teilbar, es muss einen hohen Wert pro Gewichtseinheit aufweisen, und es muss allgemein wertgeschätzt sein. Im Wettbewerb um die Geldfunktion hatten die Edelmetalle meist die Nase vorn, weil sie am relativ besten die genannten physischen Eigenschaften erfüllen, die gutes Geld ausmachen.

Warum aber, so fragen Sie sich vermutlich, ist dann das heutige Geld - ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen oder Schweizer Franken - kein Gold- oder Silbergeld mehr? Die Antwort lautet: Es waren politische, nicht ökonomische Beweggründe, warum das Edelmetallgeld durch ungedecktes Papiergeld, durch Fiat-Geld, ersetzt wurde. Das geschah spätestens am 15. August 1971.

An diesem Tag verkündete US-Präsident Richard Nixon, dass fortan der US-Dollar nicht mehr in Gold einlösbar sei. Bis dato entsprachen 35 US-Dollar einer Feinunze Gold. Der US-Dollar war goldgedeckt, und ab 1945 waren im System von Bretton Woods alle anderen Währungen mit einem festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden - und hingen damit indirekt (über die Eintauschbarkeit in den Greenback) am Gold.

Mit einem Handstreich beendete die US-Administration die Goldeinlösbarkeit des US-Dollar. Damit machte sie nicht nur den US-Dollar, sondern de facto auch alle anderen Währungen der Welt zu Fiat-Geld.

Fiat-Geld

Was ist Fiat-Geld? Der Ausdruck "Fiat" stammt vom Lateinischen "Fiat" und bedeutet "So sei es". Fiat-Geld ist also verordnetes Geld oder Zwangsgeld. Es zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus:

(1) Fiat-Geld ist staatlich monopolisiertes Geld. Die staatlichen Zentralbanken haben das Produktionsmonopol des Geldes.

(2) Fiat-Geld wird in der Regel durch Kreditvergabe geschaffen, der keine echte Ersparnis gegenübersteht. Es wird aus dem Nichts geschaffen.

Und (3): Fiat-Geld ist entmaterialisiertes Geld. Es hat die Form von bunt bedruckten Papierzetteln und Einträgen auf Computerfestplatten ("Bits und Bytes").

Ob US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi, japanischer Yen, Britisches Pfund oder Schweizer Franken: Sie alle sind Fiat-Geld. Das Problem dabei ist: Fiat-Geld hat ökonomische und ethische Defekte. Es ist inflationär, es verliert seine Kaufkraft im Zeitablauf. So hat beispielsweise der Fiat-Euro seit seiner Einführung 1999 bis heute etwa 36 Prozent seiner Kaufkraft verloren (gemessen anhand der offiziellen Konsumgüterpreisindizes).

Die Vermehrung der Fiat-Eurogeldmenge bereichert einige auf Kosten vieler: Die Erstempfänger des neuen Geldes gewinnen auf Kosten der Spätempfänger. Fiat-Geld ist so gesehen sozial ungerechtes Geld. Das Fiat-Geld sorgt für Wirtschaftsstörungen. Das Ausweiten der Geldmenge per Bankkreditvergabe senkt die Marktzinsen künstlich ab. Dadurch wird ein Aufschwung ("Boom") in Gang gesetzt, der aber nachfolgend platzen und in einen Abschwung ("Bust") umschlagen muss.

Das Fiat-Geldregime treibt die Volkswirtschaften in die Überschuldung: Die Verschuldung steigt stärker als die Einkommen zunehmen. Und nicht zuletzt erweist sich das Fiat-Geld als ein Wachstumselixier für den Staat - auf Kosten der individuellen Freiheiten von Bürgern und Unternehmern. Fiat-Geld macht aus einem Minimalstaat früher oder später einen Maximalstaat, es ebnet den Weg in die unfreie Gesellschaft. Das wusste wohl auch schon Karl Marx (1818-1883).

Die Errichtung einer Zentralbank sah er als einen Schritt an, um zum Kommunismus zu gelangen. In Punkt fünf seines Kommunistischen Manifests aus dem Jahre 1848 fordert er die "Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol". Dass die Staaten seit Einführung des Fiat-Geldes immer größer, immer mächtiger werden, ist kein Zufall - sondern ist

(auch) Folge des Fiat-Geldes.

Probleme mit dem Euro

Der Euro ist Fiat-Geld, und folglich ist er auch mit allen zuvor genannten ökonomischen und ethischen Defekten behaftet. Genau das ist auch der Grund, warum ich - wie es mein Vortragstitel mitteilt - die Einführung des Euro für eine historische Fehlentscheidung halte. Fiat-Geld ist für eine nationale Volkswirtschaft schon problematisch genug. Eine Fiat-Währung aber für Menschen aus unterschiedlichen Nationen mit unterschiedlichen Sprachen und Traditionen muss zur unerträglichen Zwangsjacke werden.

Das ist, so denke ich, unübersehbar geworden mit dem Ausbruch der Euro-Krise, die sich - und das will ich im Folgenden kurz erläutern - ursächlich auf das Fiat-Geld zurückführen lässt. Erinnern wir uns: Am 1. Januar 1999 übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) das geldpolitische Ruder im Euroraum. Mit ihrer von Anfang an laxen Zins- und Geldmengenvermehrungspolitik setzt sie einen gewaltigen Boom in Gang. Der Boom platzt spätestens 2010. Auslöser ist die US-Kreditkrise, die bereits im Herbst 2008 begann, und die sich nachfolgend weltweit ausbreitete.

Erst geraten die Euro-Banken ins Schlingern. Die Staaten versuchen, ihre heimischen Kreditinstitute zu retten, indem sie Haftungsgarantien aussprechen. Die Finanzmärkte erkennen: Die Staaten beziehungsweise ihre Steuerzahler übernehmen sich finanziell, sollten sie ihre Banken retten müssen. Daraufhin beginnen die Investoren Euro-Staatsanleihen zu verkaufen und die Euro-Staaten geraten in eine Krise. Plötzlich taumelt nicht nur Griechenland, sondern auch Irland, Spanien, und Portugal stehen am Abgrund. Daraufhin beginnen die Staaten, sich gegenseitig zu garantieren.

Ein Rechtsbruch - denn der Maastricht- Vertrag verbietet, dass die Steuerzahler in einem Land für die Schulden eines anderen Landes haften müssen.

2012 errichtet man den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der mit einer "Rettungskasse" von 700 Mrd. Euro ausgestattet wird - die Steuerzahler in den Euroländern stehen dafür gerade. Doch das alles nützt nichts, das Vertrauen in die Euro-Konstruktion schwindet weiter. Daraufhin greift die EZB ein. Am 9. November 2011 beginnt sie, die Zinsen zu senken, drückt sie bis zum 16. März 2016 auf null. Zudem kauft die EZB Staatsanleihen auf und bezahlt die Käufe mit neu geschaffenen Euro. Dadurch vertreibt sie die Kreditausfallsorgen aus den Finanzmärkten. Die Null- beziehungsweise Negativzinsen sorgen sogar für eine Konjunkturerholung.

Doch man sollte nicht meinen, die Krise sei vorbei. Sie ist derzeit nur übertüncht mit billigem Geld. Der Euro liegt auf der Intensivstation, wird künstlich beatmet - und kann wohl auch ohne künstliche Beatmung nicht mehr überleben. Was in der Öffentlichkeit als "Rettungspolitik" deklariert wird, ist eine gewaltige Umverteilung von Einkommen und Vermögen, die nicht nur innerhalb der Euro-Länder selbst, sondern auch zwischen ihnen abläuft.

Beispielsweise treiben die künstlich niedrigen Zinsen und die Geldmengenvermehrung die Preise für Aktien und Immobilien in die Höhe. Die Besitzer von Aktien und Immobilien werden reicher, die Halter von Euro-Ersparnissen werden ärmer: Sie bekommen immer weniger Aktie und Immobilie für ihren Euro. Zudem werden Kreditnehmer durch die künstlich niedrigen Zinsen subventioniert auf Kosten der Sparer, denen der Aufbau ihrer Altersvorsorge verunmöglicht wird. Und da sind dann noch die berühmt-berüchtigten "Target-2-Salden". Für Deutschland beläuft sich der Target-2-Saldo mittlerweile auf fast 1,2 Billionen Euro - das sind etwa 33 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung eines Jahres.

Beim deutschen Target-2-Saldo handelt es sich um eine unbesicherte Kreditforderung. Fällt sie aus, geht das zu Lasten des Eigenkapitals der Deutschen Bundesbank und damit zu Lasten der deutschen Steuerzahler. Vor allem aber reflektieren die Target-2-Salden eine Umverteilung: Die Länder, die einen positiven Saldo haben (Deutschland, Finnland, Luxemburg), werden zu Gunsten der Länder mit einem negativen Saldo (Italien, Spanien, Portugal) zur Ader gelassen. Man könnte nun argumentieren, dass man gut beraten sei, diesen hohen Preis für die Euro-Rettung zu zahlen, schließlich profitiere gerade die deutsche Volkswirtschaft vom Euro.

Was ist von dieser Einschätzung zu halten? Schauen wir einmal auf die Daten zum Wirtschaftswachstum. Von 1970 bis 2021 ist die deutsche Volkswirtschaft im Durchschnitt um 2,0 Prozent pro Jahr gewachsen. In der Zeit 1970 bis 1998 (also bevor der Euro eingeführt wurde), betrug das Wachstum 2,5 Prozent pro Jahr. Von 1999 bis 2021 lag es jedoch nur noch bei 1,2 Prozent pro Jahr - es hat sich also halbiert. Was auch immer die Gründe dafür sind: Deutschland ist seit Einführung des Euro deutlich weniger stark gewachsen als in der Zeit davor. Die Einführung des Euro als Wachstumsschub für Deutschland preisen zu wollen, kann

folglich nicht wirklich überzeugen.

Auch wenn man auf die Vermögensverhältnisse blickt, so ist zu erkennen, dass die Deutschen eher zu den armen Würstchen im Euroraum zu zählen sind. Von ihren Bruttojahreseinkommen blieb ihnen offensichtlich nach Steuern und Abgaben nicht genug, um ihr Vermögen so zu mehren, wie es die Bürger in den anderen Euro-Ländern konnten. Und nun auch noch Italien! Das Land sitzt auf einem öffentlichen Schuldenberg von 2,9 Billionen Euro, das sind etwa 150 Prozent des italienischen Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Wenn der Zins, sagen wir, 3 Prozent beträgt, zahlt Italien jährlich Zinsen auf die öffentliche Schuld von 4,5 Prozent des BIP - und Italien wächst kaum mehr, das Trendwachstum Italiens liegt bei schätzungsweise nur noch 0,5 Prozent pro Jahr. Spätestens mit der Schuldenkrise Italiens ist der Euroraum zu einer "Erpressungsunion" geworden. Ein Land von der Größe Italiens nimmt den Rest der Gemeinschaft in Geiselschaft, bittet sie zur Kasse für die eigene Miswirtschaft.

Nicht überraschend, dass die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU Fahrt aufnehmen und zwar beschleunigt seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diejenigen, die von Beginn an gesagt haben, der Euro werde Europa spalten und nicht einigen, haben also leider Recht bekommen.

Lösungsmöglichkeiten

Die Hoffnung, die "Rettungspolitiken", die man in Brüssel, Paris und Berlin beschließt, könnten doch noch von Erfolg gekrönt sein, ist trügerisch. Denn die Kernursache der Euro-Problematik ist - und wir haben es bereits mehrfach gehört -, dass der ein Euro Fiat-Geld ist. Man findet also eine äußerst verfahrenene Situation vor:

Auf der einen Seite das politische Bestreben, den Euro, koste es, was es wolle, zusammenzuhalten - mit Nullzinsen und Geldmengenvermehrung; mit einer Haftungsgemeinschaft, einschließlich einer gemeinsamen Banken-Einlagensicherung, durch die die Nationen noch enger aneinander gekettet werden sollen. Auf der anderen Seite ist da aber die ökonomische Erkenntnis, dass der Fiat-Euro zwangsläufig immer neue Krisen hervorbringen wird, die wiederum immer stärkere Eingriffe des Staates in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nach sich ziehen wird.

Glücklicherweise ist der Fiat-Euro nicht alternativlos, wie es die Euro-Propaganda unermüdlich verkündet. Das zeigt sich zum Beispiel in den zahlreichen Reformvorschlägen, die bereits vorgebracht wurden. Da gibt es zum Beispiel den Vorschlag, den Euroraum in einen Nord- und einen Südteil aufzuspalten. Der Norden mit den starken Ländern behält den Euro, der Süden gibt ihn auf und stellt auf einen Süd-Euro um.

Es gibt auch den Vorschlag, dass Deutschland aus dem Euroraum austritt, zur D-Mark zurückkehrt (dafür steht die Abkürzung "Dexit") und damit eine solide Ankerwährung bereitstellt, an die sich die verbliebenen Euro-Länder anbinden können. Technisch gesehen lässt sich so etwas durchaus durchführen, die Kosten dürften allerdings beträchtlich sein. Deshalb an dieser Stelle die wichtige Frage: Weisen diese und ähnlich gelagerte Vorschläge in die richtige Richtung? Stellen sie eine überzeugende Problemlösung in Aussicht? Ich erlaube mir, ernste Zweifel daran anzumelden.

Eine Aufspaltung des Euroraums oder eine Rückkehr Deutschlands zur D-Mark (also eine Renationalisierung des Geldes) wären nichts anderes als eine Rückkehr zu staatlichem Fiat-Geld auf nationaler Ebene. Die dabei entstehenden neuen Fiat-Währungen wären mit allen Problemen behaftet, die der Fiat-Euro auch hat. Eine Rückkehr zu gutem Geld stellen die Reformvorschläge also nicht in Aussicht. Man kann zwar argumentieren, dass ein Nebeneinander von verschiedenen staatlichen Fiat-Währungen besser sei, als wenn es nur das monopolistische Euro-Fiat-Geld gibt.

Doch diesem Argument kann man entgegenhalten, dass das Miteinander von nationalen Fiat-Währungen, die im Wettbewerb miteinander stehen, wohl keinen dauerhaften Bestand haben wird. Denn es wird nicht lange dauern, bis die Politik wieder danach drängt, aus den vielen nationalen Fiat-Währungen eine einheitliche Fiat-Währung zu formen.

Jetzt fragen Sie sich vermutlich: Was soll die Alternative, die Lösung sein? Etwa die Privatisierung des Geldes? Sie werden entgegen: Man kann doch nicht den Euro privatisieren, wie man die bankrotten DDR-Betriebe privatisiert hat! Ich sage: Doch, man kann, und es gibt auch überzeugende Gründe, warum man die Entscheidung, was Geld ist, dem freien Markt überlassen sollte! Die Idee, das Geld zu privatisieren, es zu entstaatlichen, wurde bekannt gemacht durch den Ökonomen Friedrich August von Hayek (1899 - 1992). In seiner Schrift "Die Entstaatlichung des Geldes" aus dem Jahr 1976 schlägt Hayek vor, einen freien Markt für Geld zu schaffen.

Was ist ein freier Markt für Geld? In einem freien Markt für Geld hat jeder die Freiheit, das Geld zu wählen,

das seinen Wünschen am besten entspricht. Und jeder hat die Freiheit, seinen Mitmenschen ein Gut anzubieten, das diese als Geld freiwillig nachfragen. Niemand wird gezwungen, ein bestimmtes Geld zu verwenden. Wer den Euro verwenden will, soll ihn weiterhin verwenden dürfen. Aber niemandem darf es verwehrt oder erschwert werden, ein anderes Geld als den Euro zu nutzen. Solch ein Währungswettbewerb ist in den Vereinigten Staaten von Amerika in Gang gesetzt worden.

Vorreiter USA

Einige US-Bundesstaaten - wie Arizona, Utah, Wyoming - haben in den letzten Jahren ihre Gesetze geändert: Sie haben die Umsatz- und Kapitalertragssteuer auf Edelmetalle, insbesondere Gold und Silber, abgeschafft. Der Grund: Gold und Silber sollen als Geld verwendet werden können, sollen auf gleicher Augenhöhe mit dem US-Dollar stehen.

Warum gehen die US-Bundesstaaten diesen Weg? Antwort: Man möchte die Bürger und Unternehmer vor den Gefahren einer US-Dollar-Inflation schützen, ihnen eine Ausweichmöglichkeit geben. Damit ist die Monopolstellung des US-Dollar in einigen US-Bundesstaaten de facto gefallen! Mittlerweile gibt es auch das Ansinnen, auf USBundesebene alle Steuern auf Edelmetalle abzuschaffen - um so einen echten Wettbewerb zum US-Dollar zu schaffen.

Mark Banco

Was daraus entstehen kann, lässt sich illustrieren mit einem kurzen Blick auf eine überaus erfreuliche Episode in der deutschen Geldgeschichte. In der Hansestadt Hamburg wird im Jahr 1619 die "Hamburger Bank" gegründet. Bei ihr kann man Silbermünzen und Silberbarren einlagern, und im Gegenzug räumt die Hamburger Bank dem Kunden ein entsprechendes Guthaben in der "Mark Banco" ein: 1622 entsprach ein Mark Banco einem Silbergewicht von 8,66 Gramm. Die Mark Banco dient als Recheneinheit, mit der die Kaufleute ihre Geschäfte bargeldlos, per Überweisung abwickeln. Die Hamburger Bank wird damit zur ersten Girobank Deutschlands.

1770 gibt es eine Bankreform, durch die die Mark Banco zu einem Feinsilberstandardgeld gemacht wird: Die Mark Banco repräsentiert fortan nicht mehr nominale Silbermünzen, sondern ungemünztes Feinsilber, also reines Silbergewicht. Bis 1871 wird die Marc Banco verwendet, diente also mehr als 250 Jahre als verlässliches Geld. Sie wird erst mit der Reichsgründung abgeschafft, bei der im vereinten Deutschland ein Goldstandard etabliert und das Silbergeld demonetisiert wird.

An der Erfolgsgeschichte der Mark Banco könnte in den USA nun angeknüpft werden. Das beginnt dann, wenn Edelmetall-Depositenbanken ihre Dienste anbieten. Bei ihnen kann man dann physische Edelmetalle einlagern. Die Depositenbank schreibt das Edelmetall-Guthaben - denken wir an Gold als frei gewähltes Geld - auf einem Konto gut und zwar, dem Beispiel der Mark Banco folgend, in einer Recheneinheit, sagen wir "Goldgramm".

Mit der modernen Technik entsteht ein "digitalisierter Edelmetallstandard". Es kann weiter wie bisher gezahlt werden: per Lastschrift, Internet-Banking, per Apple-Pay oder Paypal bequem zahlen - statt in US-Dollar in Goldgramm. Beispielsweise zeichnet Amazon die zum Verkauf stehenden Güter nicht nur in US-Dollar (oder Euro oder Schweizer Franken) aus, sondern auch in Goldgramm - oder in Kryptowährungen.

Cyber-Geld

Was sich in einem freien Markt für Geld durchsetzt, lässt sich vorab nicht sagen. Vielleicht wählen ja die Menschen kein Edelmetall, sondern eine Kryptowährung - wie zum Beispiel den Bitcoin. Der Bitcoin ist ein digitales Zahlungsmittel, das auf der Blockchain aufbaut. Die Blockchain ist ein dezentrales Kontenbuch, das auf vielen Computern abgespeichert ist. Die Blockchain ist eine Technologie, die den freien Währungswettbewerb immens befördern kann.

Die Britische Münzanstalt, die "Royal Mint", hatte bereits ein Projekt auf den Weg gebracht. Die Idee war, das bei ihr gelagerte Edelmetall per Blockchain handelbar zu machen. Wer also bei der Royal Mint zum Beispiel Gold einlagert, dem wird das eingelagerte Gewicht in der Einheit "Royal Mint Gold" (RMG) auf seinem Konto gutgeschrieben. 1 RMG entspricht dabei 999,9 Feingoldgehalt. Die Perth Mint in Australien arbeitet an einem ähnlichen Angebot. De facto stellen die Münzanstalten damit ein Gold-basiertes Handels- und wohlmöglich auch Zahlungssystem bereit.

Wir sollten an dieser Stelle festhalten: Der technologische Fortschritt erlaubt es, den etablierten

Fiat-Währungen ernste Konkurrenz zu machen. Und dass daraus ein besseres Geld, ein praktikables Geld- und Zahlungsverkehrssystem erwachsen kann, liegt auf der Hand. So gesehen kommt man zur begründeten Hoffnung, dass der Weg hin zum Währungswettbewerb sich nicht mehr aufhalten lässt. Man könnte von einer wahren Demokratisierung des Geldes sprechen, die die Fiat-Währungen, einschließlich des Euro, herausfordert.

Natürlich werden Staaten und Zentralbanken versuchen, diesen Wettbewerb zu unterdrücken - ihn mit steuerlichen und regulatorischen Hürden zu entmutigen. Aber wahrscheinlich wird das dann ins Leere laufen, wenn die Menschen entdecken, dass das Geld, das der freie Markt hervorbringt, besser ist als das Fiat-Geld.

Ein freier Markt für Geld

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, damit ahnen Sie vermutlich bereits, wie meine Empfehlung ausfällt, um die Euro-Problematik zu lösen. Meine Empfehlung lautet nicht, den Euro aufzuspalten, oder Deutschland solle aus dem Euro austreten. Meine Empfehlung lautet vielmehr, einen freien Währungswettbewerb in Gang zu setzen. Der Euro (das gilt für jede Fiat-Währung) muss Konkurrenz bekommen. Das ist aus meiner Sicht der einzig gangbare Weg, um die schädlichen Wirkungen des Fiat-Geldes in den Griff zu bekommen.

Ein wichtiger Schritt dazu wäre, alle denkbaren Geldkandidaten - Edelmetalle, aber auch Kryptoeinheiten - von der Umsatz- und Kapitalertragssteuer zu befreien, damit sie keine steuerlichen Nachteile gegenüber dem Fiat-Euro haben; gleiches sollte auch bei der Verwendung von Fremdwährungen (wie US-Dollar und Schweizer Franken) gelten.

Anfänglich würden die Menschen die Wahlmöglichkeit vermutlich nutzen, um Teile ihrer Euro-Termin- und Spareinlagen dem gewünschten Geld anzuvertrauen. Späterfolgend werden auch Zahlungen mit dem freien gewählten Geld durchgeführt und langfristig entstehen Märkte für Kredite und Wertpapiere, denominiert im frei gewählten Geld.

Würde die EZB weiter marode Staatshaushalte und Banken mit neu gedruckten Euro finanzieren, wertet die Einheitswährung nach innen und außen ab. Die Geldnachfrager verabschieden sich daraufhin zusehends vom Euro. Das setzt die EZB unter Druck, ihre inflationäre Politik zu begrenzen. Wenn sie von ihrer Inflationspolitik nicht ablässt, wechseln die Geldnachfrager in eine andere Währung. Die Nachfrage nach Euro schwindet und die Einheitswährung wird im Extremfall aus dem Markt ausscheiden, wertlos werden.

Schluss

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angekommen. Das friedvolle, kooperative und produktive Zusammenleben der Menschen ist nicht voraussetzungslos. Gutes Geld ist eine unverzichtbare Zutat. Der Fiat-Euro ist aber leider kein gutes Geld. Er verursacht nicht nur wirtschaftliche Probleme, er ist letztlich auch mit dem Ideal einer freien Gesellschaft nicht vereinbar. Der Lösungsweg, den ich vorgestellt habe, besteht in einem Beenden der Euro-Monopolstellung, indem man einen Währungswettbewerb, einen freien Markt für Geld, zulässt.

Der freie Markt wird gutes Geld hervorbringen, weil niemand freiwillig schlechtes Geld nachfragen wird. Geld, das im freien Markt entsteht, wird besser sein, als es das staatlich monopolisierte Fiat-Geld jemals sein kann. Gutes Geld ist eine notwendige Bedingung für ein kooperatives und produktives Europa, in dem die Menschen in Wohlstand und Frieden leben können. Wer ein solches Europa anstrebt, für den ist der freie Markt für Geld ein natürlicher Verbündeter. Ich hoffe, meine Ausführungen waren für Sie an- und auch ein wenig aufregend.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/563602--Der-Euro---Auswege-aus-einer-historischen-Fehlentscheidung.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#)!

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).